

Beschluss des 5. Landesparteitages
2. Tagung der Partei DIE LINKE. Thüringen am 5.11.2016 in Eisenberg
(Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen)

Streiten für eine offene, demokratische und soziale Hochschule in Thüringen

Die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in Thüringen hat sich mit dem Antritt der rot-rot-grünen Landesregierung in ersten wichtigen Punkten verändert:

Gemäß der Rahmenvereinbarung IV erhalten die Hochschulen bis 2019 über 160 Mio. Euro mehr an Mitteln zugewiesen, als ihnen im Zeitraum von 2012 bis 2016 zur Verfügung standen. Mit der Umwandlung der Staatlichen Berufsakademie zur Dualen Hochschule Gera-Eisenach wurde das Studium an den beiden Standorten aufgewertet und die Zahl der Hochschulen in Thüringen von 9 auf 10 erhöht. Durch die letzte Änderung des Thüringer Studentenwerkgesetzes wurde die Finanzierung der sozialen Einrichtung zugunsten der Planbarkeit angepasst, und mit der Umbenennung in "Studierendenwerk" leistet die Landesregierung einen kleinen Beitrag zur Herstellung von Gendergerechtigkeit. Schließlich erhalten Lehrkräfte für besondere Aufgaben an Fachhochschulen nun endlich dieselbe Vergütung wie ihre Kolleg*innen an Universitäten. Das ist - auch wenn es 'nur' eine kleine Gruppe betrifft - ein entschiedener Schritt zu mehr guter Arbeit in der Wissenschaft.

Diese wichtigen ersten Maßnahmen dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir noch viele Baustellen auf unserem Weg zur Demokratisierung und sozialen Öffnung der Hochschulen vor uns haben:

Viele Hochschulleitungen interpretieren Hochschulautonomie als Leitungsautokratie fehl und behindern die gleichberechtigte Mitwirkung aller Hochschulangehörigen. Hier wirken die radikalen Einschnitte der letzten großen Hochschulgesetzesnovelle der CDU-Alleinregierung aus dem Jahr 2006 noch nach. Noch immer ist der Anteil an Kindern aus Akademiker*innenfamilien unter den Studierenden deutlich höher als der an denjenigen aus Arbeiter*innenfamilien. Die soziale Selektion im gestuften Bildungssystem wirkt auch hier und ist nicht zuletzt an die Frage der Studienfinanzierung geknüpft. Überdies ist der Anteil prekär beschäftigter Forscher*innen und Lehrender an Thüringer Hochschulen exorbitant hoch. Wenn über 80 Prozent von ihnen im Durchschnitt für weniger als zwei Jahre befristet und nicht selten teilzeitbeschäftigt sind oder gar für Honorare tätig sein müssen, die real unterhalb des Mindestlohns liegen, dann kann von „guter Arbeit“ in der Wissenschaft noch längst keine Rede sein.

Auch die Thüringer Hochschulen hat der neoliberale Mainstream fest im Griff und sie zum Teil eines Systems gemacht, in dem Wissenschaft - die eigentlich zu kritischem Denken befähigen soll - zusehends einem wissenschaftsfeindlichen Wettbewerbsdruck und Beurteilungsmaßstäben für Pseudo-Exzellenz unterworfen wird.

Rot-Rot-Grün muss die Weichen im Thüringer Hochschulraum grundsätzlich neu stellen.

Der Thüringer Hochschuldialog ließ bereits erkennen, wie fruchtbar mehr Partizipation auf dem Weg zu offenen, demokratischen und sozialen Hochschulen ist. DIE LINKE wird sich bei der nun anstehenden Novellierung des Thüringer Hochschulgesetzes und weiterer Gesetze dafür einsetzen, dass die Erkenntnisse und Anliegen aus dem Hochschuldialog umfassend umgesetzt werden. Zudem wird DIE LINKE darauf drängen, dass über den Bundesrat weitere Initiativen zur Verbesserung der Hochschulfinanzierung auf den Weg gebracht werden.

Demokratische Hochschule

Um die Hochschulen 'schlanker' zu machen und Entscheidungen zu beschleunigen, wurde den Hochschulen eine unternehmerische Managementstruktur beschert. Das beförderte autoritäre Entscheidungsprozesse, in die nun immer weniger Personen einbezogen sind. Die Konsequenzen dieser Entwicklung haben aber alle Hochschulangehörigen auszubaden. Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten an Hochschulen müssen deshalb auf eine breitere Basis gestellt werden, um Vielfalt zu garantieren, Verantwortung zu stärken und Engagement zu wecken.

Wir wollen daher:

- dass die Thüringer Hochschulen eigene Konzepte der Verfasstheit vorrangig mit dem Ziel der Demokratisierung erproben können, die über den Rahmen des Landeshochschulgesetzes hinausgehen;
- dass die Hochschulräte in ihrer bestehenden Form abgeschafft und stattdessen beratende Gremien eingeführt werden, die die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite abbilden;
- dass Hochschulparlamente, ähnlich den vor zehn Jahren abgeschafften Konzilen, eingeführt werden, in denen alle Statusgruppen gleichberechtigt an grundlegenden Entscheidungen mitwirken, die die gesamte Hochschule betreffen, wie etwa die Wahl der Hochschulleitung oder die Ausgestaltung der Grundordnung;
- dass sämtliche Angehörigen der Hochschulen, also alle Lehrenden, Lernenden, Forschenden und anderweitig Tätigen, nach Statusgruppen gleich stark (paritätisch) in Gremien vertreten sind;
- dass Entscheidungen zu treffen prinzipiell denjenigen zusteht, die davon betroffen sind, und deshalb demokratisch gewählte Gremien auch unterhalb der zentralen Senatsebene gestärkt werden;
- dass die Landesrektorenkonferenz abgeschafft und für Belange, die alle Thüringer Hochschulen betreffen, eine Landeshochschulkonferenz eingeführt wird, in der alle Statusgruppen vertreten sind;
- dass den verschiedenen Beauftragten und dem Personalrat die Teilnahme an Gremiensitzungen auf sämtlichen Hochschulebenen garantiert, wenigstens ein Rederecht eingeräumt sowie ein ausreichendes Budget an Personal- und Sachkosten zur Verfügung gestellt wird;
- dass sich Hochschulen und außeruniversitäre öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen dem Prinzip "Forschen in Verantwortung" verpflichten, für sie also eine Sozial- und Friedensklausel gilt sowie ihre Forschung in Durchführung wie Ergebnissen der Öffentlichkeit transparent gemacht wird;
- dass das bisherige System der Qualitätssicherung nicht weiter durch private externe Akkreditierungsagenturen erfolgt, sondern auf der Grundlage umfassender innerhochschulischer demokratischer Teilhabe grundlegend neu gedacht wird.

Soziale Hochschule

Hochschulen sind keine Einrichtungen, an denen vorrangig für Auftraggeber*innen geforscht wird und lästiger Weise nebenbei auch Menschen (aus)gebildet werden müssen. Wissenschaft lebt von Kreativität und der Möglichkeit, erproben sowie gegebenenfalls 'scheitern' und sich revidieren zu können. Nicht zuletzt von ökonomischer Seite werden diese Freiheiten durch den Zwang zum schnellen, vordergründigen "Erfolg" und Drang zur Wissensproduktion immer weiter eingeschränkt. Für (Weiter-)Bildung und nachhaltigen Erkenntnisgewinn ist Raum für kreatives und kritisches Denken jedoch essentiell. Insbesondere die Arbeit von Studierenden und Wissenschaftler*innen in späteren Phasen ihrer Ausbildung darf deshalb nicht durch knappe Finanzmittel behindert werden. Es müssen für sie Freiräume entstehen, die innovatives und kritisches Denken ermöglichen sowie das Erlernen neuer und die Festigung bestehender Fähig- bzw. Fertigkeiten fördern.

Wir wollen daher:

- dass der fortschreitenden Prekarisierung und dem damit einhergehenden Befristungsunwesen im Hochschulwesen ein Ende gesetzt wird und endlich "Dauerstellen für Daueraufgaben" gilt;
- dass das im Koalitionsvertrag und der Rahmenvereinbarung zur Hochschulentwicklung festgeschriebene Kaskadenmodell zur Geschlechtergleichstellung an Hochschulen tatsächlich umgesetzt wird;
- dass für Wissenschaftler*innen Perspektiven für eine sichere Beschäftigung unterhalb der professoralen Ebene entstehen;
- dass sich die Landesregierung über den Bundesrat und die LINKE Bundestagsfraktion für eine grundlegende BAföG-Reform stark machen, die Studierenden ungeachtet ihres Alters und des Einkommens ihrer Eltern eine rückzahlungsfreie Studienfinanzierung gewährleistet. Diese muss für die Dauer des gesamten Studiums unbürokratisch gewährt und verlängert werden, sodass keine kritischen Förderlücken entstehen;
- dass Vertreter*innen aller Statusgruppen hinreichend zeitliche Freistellung für die Mitwirkung in den Hochschulgremien und das Aneignen dazu notwendiger Fähig- und Fertigkeiten erhalten;
- dass durch eine Flexibilisierung der Studiengänge eine bessere Studierbarkeit entsteht und ein selbstbestimmtes Studium möglich wird, das Platz für eigene Interessen der Studierenden und individuelle Studienbiografien bietet sowie Menschen mit den vielfältigsten Bedürfnissen eine erfolgreiche Hochschulbildung ermöglicht;
- dass die Anzahl der Prüfungen reduziert, ihre terminliche Häufung vermieden und ihre Formen so gewählt werden, dass sie dem nachhaltigen Erwerb von Kompetenzen dienen und nicht der Abfrage kurzfristig angesammelten isolierten Faktenwissens. In diesem Zusammenhang sind hochschuldidaktische Mindeststandards ebenso einzufordern wie bei der Durchführung von Lehrveranstaltungen;
- dass lehr-, studien- und forschungsnahe Dienstleistungen flächendeckend und kostenfrei zur Verfügung stehen;
- dass das Studierendenwerk mit einem klaren Auftrag als soziales Unterstützungsinstrument ausgestattet und weiterhin in die Lage versetzt wird, seinen vielfältigen Aufgaben angemessen nachzukommen;
- dass alle an Hochschulen Tätigen volles Vertretungsrecht in Personalräten erhalten;
- dass die im Koalitionsvertrag verankerte Forderung eines Tarifvertrags für studentische Beschäftigte endlich umgesetzt wird und in diesem zur Sicherung gegen (Alters-)Armut ein verbindlicher Tariflohn festgelegt wird;
- dass eine Vergütung von Honorarlehrtätigkeiten den tatsächlich betriebenen Zeitaufwand berücksichtigt;
- dass zur Durchführung einer Promotion Qualifikationsstellen in ausreichendem Maße geschaffen werden und so der bisherige Fokus auf Stipendien überwunden wird, um die soziale Absicherung von Promovierenden zu gewährleisten.

Offene Hochschule

Hochschulen sind auch im Jahr 2016 noch viel zu sehr standes- und klassengeprägt, als dass sie Bildungsstätten für alle sein könnten, die sich bilden wollen. Seien es Zugangshürden wie das Bestehen auf der Hochschulreife, Zulassungsbeschränkungen wie die Einforderung eines bestimmten Notenschnitts oder finanzielle Belastungen durch Studiengebühren - mit der grundgesetzlich garantierten Berufswahlfreiheit ist all dies nur schwer vereinbar. Wir wollen aber, dass alle das studieren können, was sie möchten. Und dabei heißt "alle" auch wirklich alle.

Deshalb fordern wir:

- dass die nach wie vor bestehende und politisch gewollte Unterversorgung mit Masterstudienplätzen beendet wird;
- dass die Institution Hochschule unter wirklicher Wahrung des Datenschutzes so transparent wie möglich arbeitet und handelt;
- dass die an den Hochschulen Lehrenden zur didaktischen Weiterbildung verpflichtet werden, um die Lehrqualität nachhaltig zu sichern. Darüber hinaus benötigen die Lehrenden Qualifizierungen im Verwaltungs-, speziell Prüfungsrecht und müssen für Maßnahmen gegen Diskriminierung sensibilisiert werden. Die notwendige Zeit zur Fort- und Weiterbildung muss ihnen gewährt werden;
- dass das Promotionsrecht zu einem Recht auf Promotion wird. Alle müssen einen gleichberechtigten Zugang zur Promotion erhalten, egal an welcher Hochschule sie ihren Abschluss erlangt haben.

Diese Forderungen für eine demokratische, soziale und offene Hochschule müssen zusammen gedacht und umgesetzt werden. Sie sind miteinander verknüpft und bedingen sich gegenseitig. Für ihre Realisierung ist es unerlässlich, dass DIE LINKE sich auch weiterhin dafür einsetzt, dass der Bund dauerhaft und substanziell zur Finanzierung der Hochschulen herangezogen wird und nicht nur zeitlich begrenzte Projekte, Pakte oder Initiativen zur Elitenförderung unterstützt. Die Ausfinanzierung ist eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung hin zu demokratischen, sozialen und offenen Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen. Und nur ein solches wissenschaftliches Umfeld kann auch zur Entwicklung einer offeneren, demokratischeren und letztlich sozialistischen Gesellschaft beitragen.